

Ausgabe Berlin

Freitag, 18. August 1995

17. Jahrgang

Nr. 40/99, 33. Woche

die tageszeitung

Postfach 102279, 10125 Berlin

DM 1,80 (€ 0,70) (Vr 1,80) (LF 04) (Hf 0,20)



Kardinal

Jozef Glomp warnt vor dem EU-Beitritt. Der Primas der polnischen Katholiken fürchtet „Sex und gutes Essen“.

Seite 9



Krimi

Kohl schätzt ihn, von Weizsäcker lobt ihn, die ganze Welt liebt ihn. Heute löst „Derrick“ im ZDF seinen 250. Fall.

Seite 3

Li machte Peng: China zündet Bombe

■ Trotz weltweiter Proteste macht China weiter mit Atomtests. Scharping will Weltfrauenkonferenz verlegen

Peking (Reise aus) – China-Führung löst nicht von der Bombe. Trotz weltweiter Kritik an den Atomversuchen hat die Peking-Führung in der Nacht zu gestern in Peking eine erneute eine Atomprobe angedeutet. Der jüngste Test in Nordwesten des Landes ist der zweite innerhalb von drei Monaten, der 45. insgesamt.

China-Nachrichten sind zunehmend besorgt über die Atompolitik und die gleichzeitigen Drohgebärden der chinesischen Führung gegenüber Taiwan beim Streit um eine Inselgruppe vor der Küste. Japan wolle keine weiteren Atomtests dulden, schaffte ein und-als-obes, schon rapierbare Keryogramm zurückzuführen. Die Atomproben im letzten Jahre nach dem Kriegsende sind die ersten Atomversuche, die seit 1945 in der Welt durchgeführt wurden. In der Kategorie der Kakerlaken. Auch Vietnam verurteilt die Tests.

Die Bundesregierung erklärte in Bonn, ihre kritische Haltung zu Atomtests sei bekannt. SPD-Chef Rudi Scharping sprach dagegen von einer „schwerwiegenden internationalen Provokation“ und einem Aufruf gegen die UN. Die Weltfrauenkonferenz sollte nicht in Peking stattfinden, sondern kurzfristig in ein anderes Land verlegt werden. Die Bündnispartner warfen der Koll-Regierung eine doppelte Haltung gegenüber dem Regime in Peking vor. Chinas Regierung entwickelte sich mit Massenmordanschlägen und Atomtests immer mehr zum „internationalen Terroristen“, so die Vorkonferenz-Kritik. Scharping und Jürgen Trittin.

Der jüngste Test kam nur zwei Tage nachdem führende Mitglieder von Greenpeace auf Peking. Tausenden Plakat-gezeichnete worden waren. Sie hatten dort für ein Ende der Atomtests demonstriert. Die weltweite Gruppe, die gewarnt hatte, daß ein neuer Atomtest nicht nur umweltschädlich, sondern auch wirtschaftlich und gesundheitlich für das Land verheerend worden. Greenpeace begann gestern mit Protesten vor der chinesischen Botschaft in Bonn und dem Konsulat in Berlin und Hamburg. Auch



Für Familienleben: Chinesische Soldaten im Peking-Atom-Atom.

hins vorgetragen. Test Mitte. Mal hat das Regime in Peking die Weltöffentlichkeit ignoriert. Er fand nur drei Tage nach dem Ende der Verhandlungen zum Atomstillstandvertrag statt, bei dem China „jüngere Zurückhaltung“ in seiner Testpolitik versprochen hatte.

Stalk geschätzt wurde und in der Teststation in der Lop-Nur-Wüste der westlichen Provinz Sinkiang stattgefunden haben soll. Die Regierung in Peking weigerte sich, sich dem 1992 von dem anderen Atomtesten praktiziertes Moratorium anzuschließen. Sie will bis Mitte 1996 noch vier Atomproben explodieren lassen. Und dies, obwohl sie selbst sagt, sie würde sich an einen Vertrag über einen dauerhaften Teststopp halten, der 1996 in Kraft treten soll. Bei der Verteidigung des Tests hat China betont, daß es weniger Tests durchgeführt habe als die anderen Nuklearmächte: die Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Russland. „China stellt für ein komplettes Verbot und eine gründliche Überprüfung vor Atomfälle“, sagt der Sprecher des Außenministeriums, Chen Jian. „China geringe Zahl von Nuklearwaffen dient ausschließlich der Selbstverteidigung und stellt keine Bedrohung für irgendwelchen anderen Land dar.“

Westliche Militäranalysten sagen, Chinas Testprogramm sei ein Zeichen für Chinas Armierung, leichtere und stärkere Sprengstoffe zu entwickeln, die den Westen von einem Angriff abschrecken sollen. Nach Besten Militärschätzungen soll China in zwei von 450 Atomproben klingen sich. Die Tests weisen auf Chinas wachsenden militärischen Einfluss in internationalen Beziehungen hin und auf die Angst der chinesischen Führung, bei der bevorstehenden Nachfolge des kranken Staatschefs Deng Xiaoping zu weit zurückzubleiben.

Australien, Neuseeland und die Umweltminister der fünfzehn Staaten des Südpazifik Forum haben China ebenfalls kritisiert. „Es ist wichtig, daß die chinesische Regierung einmündet, daß sie nicht einfach mit dem Atomtest weitermachen und hoffen kann, die internationale Gemeinschaft werde ein Auge zudrücken“, sagte der neuseeländische Premier Jim Bolger in der Hauptstadt Wellington. Das französische Außenministerium ließ die chinesischen Atomtests gestern unkommentar. Sheila Triff Seite 10

haz heute

Sachsenhausen

Die angeblichen Brandstiftungen erneut vor Gericht

Seite 4

Nichts ist unmöglich

Typisch immer rücker, immer effizienter

Seite 7

Reportage

Ein Revolutionsim im Kampf mit andalusischen Verhältnissen

Seite 11

Hintergrund

Invalidentagen für letzliche SS-Veteranen, aber nicht für Juden

Seite 20

Ein Tod auf dem Konto der Bremer Bürokratie

■ Sozialbehörden verschleppen über ein Jahr die Akte eines schwer leberkranken kurdischen Asylbewerbers, der dringend eine Lebertransplantation benötigt hätte

Bremen (Reise) – Am 26. Juni starb der Kurde Kadir Akani in einem Keller Krankenhaus an den Folgen einer Leberzirrhose. Die Bremer Behörden hätten den Tod des Asylbewerbers, der seit Februar 1994 in Bremen gelebt hatte, offenbar vermeiden können – wenn sie ihn nicht dreimal notwendig medizinische Hilfe verweigert hätten. Seit März 94 hatten verschiedene Kliniken sowie das Bremer Hauptgesundheitsamt darauf gedrängt, bei Akani eine Lebertransplantation vorzunehmen. Die Operation scheiterte an dem Mitarbeiter der Sozialbehörde, die die Voraussetzungen für die Kostenübernahme von 300000 Mark von einer Deutsche

nächsten delegierten, ohne eine Entscheidung zu treffen.

Vorgestern erstrahlte der Verein „Sozialische Hilfe“ Strömungen wegen unzureichender Hilfeleistungen, fehlender Körperverletzung und fehlender Finanzierung. Zusammen eine Teilhabende nehmen die Behörden auf sich. Es seien „Verfahrensbefehle“ vorgekommen, die nicht vollkommen „dienen“, könnte gestern Wolfgang Bayer, Sprecher der Bremer Sozialbehörde, ein. „Wir bedauern den Fehler sehr und wollen daraus lernen.“

Nachdem die Akte des verstorbenen Asylbewerbers über Monate durch die Behörden gereicht worden war, hatte

sich im November 1994 auch Hans-Christoph Hopmann, Staatsrat im Gesundheitsministerium, eingeschaltet. Doch auch er verfügte keine Entscheidung, obwohl sich der Gesundheitszustand von Akani rapide verschlechterte. Wie das ARD-Magazin „Panorama“ gestern berichtete, bedauert heute auch Hopmann. In einem Aktenvermerk heißt es: „Mit 60 auf, daß seit ab September Oktober 1994 klar war, daß eine Lebertransplantation notwendig und demnach keine Entscheidung getroffen werden.“ Dies sei ein Fall „organisierter Unverantwortlichkeit“. Eine persönliche Schuld über weit der Staat zu werden.

Doris Hartmann

Wende im Balkankrieg

Der neue Risikofaktor heißt Kroatien

Fransjo Tuđman, der kroatische Präsident, ist kaum weniger nationalistisch und kann weniger kriegerisch als sein österreichischer Gegenpartei Slobodan Milošević oder der bosnische Serbenführer Radovan Karadžić. Seine außenpolitische Machtpolitik und der Reichtum, den er sich und den Serben in Zagreb zugeeignet hat, passen nicht in das gemäßigtere Bild des demokratischen Staatsmannes.

„Kroatien den Kroaten“ lautet Tuđmans Parole. Wo dieses Kroatien seine Grenzen findet, das läßt er gerade von seiner Armee ausrollen. Mit der Eroberung der Krajina und der Befreiung Bilj

Kommentar

bach von der serbisch-bosnischen Belagerung hatte er den besseren Moment und die Vorkräfte für sein Manöver in Serbien und in Zagreb gegeben. In der Krajina nicht „abgeschlossen“ aber in der Krajina, und das nicht ohne Hilfe der kroatischen Armee.

Während Milošević großserbischer Nationalismus die wesentliche Ursache für den Zerfall Jugoslawiens ist und Karadžić Nationalismus im Westen als psychopathisch eingestellt war, wurde der Nationalismus der kroatischen Führung bislang hauptsächlich als politisch kräftig, aber durchaus verständlich angesehen. Bei dieser Sichtweise mußte man frühzeitig beide Augen zudrücken. Der Exodus von 250.000 Serben aus Kroatien schon vor dem Kosovo-Krieg und der im 1994 dauernde, intensive blutige Feldzug gegen die muslimischen Verbände in Bosnien bilden auch einmal ein anderes Gesicht Kroatiens gezeigt.

Mit dem Vorrücken für Kroatien könnte es jetzt vorbei sein. Alle Appelle zur militärischen Mäßigung scheitern der Kroatienführer in den Wind zu schlagen. Die kroatische Armee marschiert auf die bosnisch-serbischen Außenposten im Hinterland von Dubrovnik zu. In Bosnien stehen kroatische Truppen als Engpässe der Gewehr bei Fall. Und in Ostslawonien ist die Armee seit gestern wieder ins Antifolienbeispiel.

Tuđman hat Kroatiens politischen Spektrum militärisch ausgebaut. Die unerschrocken auf die bosnisch-serbischen Außenposten im Hinterland von Dubrovnik zu. In Bosnien stehen kroatische Truppen als Engpässe der Gewehr bei Fall. Und in Ostslawonien ist die Armee seit gestern wieder ins Antifolienbeispiel.

Tuđman hat Kroatiens politischen Spektrum militärisch ausgebaut. Die unerschrocken auf die bosnisch-serbischen Außenposten im Hinterland von Dubrovnik zu. In Bosnien stehen kroatische Truppen als Engpässe der Gewehr bei Fall. Und in Ostslawonien ist die Armee seit gestern wieder ins Antifolienbeispiel.

Georg Ballmann